

Einführung in die Ausstellung:

"...gerade Dich, Arbeiter, wollen wir." Nationalsozialismus und freie Gewerkschaften im Mai 1933"

am 30. April 2007 in Bendorf/Rhein - von Joachim Hennig

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte nicht noch einmal einzelne von Ihnen begrüßen, aber ein Gruß liegt mir doch am Herzen – und der muss sein. Ganz herzlich begrüßen möchte ich Frau Gertrud Roos. Frau Roos ist gebürtige Bendorferin und hat fast ihr ganz ganzes Leben in Bendorf verbracht. Sie ist Zeitzeugin der Ereignisse und Entwicklungen, auf die wir gleich zu sprechen kommen. Und überdies ist sie ein Opfer der Nazidiktatur. Hier in Bendorf wurde sie denunziert und anschließend ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück verschleppt. In der Dauerausstellung des Fördervereins Mahmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz werden insgesamt 62 Personen aus Koblenz und Umgebung porträtiert. Eine von ihnen ist Frau Gertrud Roos. Es ist ein Glück und eine Verpflichtung für uns, wenn wir noch NS-Opfer unter uns haben. Es werden immer weniger, umso wichtiger ist es, Menschen wie Sie, liebe Frau Roos, bei solchen Veranstaltungen begrüßen zu können.

Ich freue mich, Sie heute in die Ausstellung „'... gerade Dich, Arbeiter, wollen wir.'- Nationalsozialismus und freie Gewerkschaften im Mai 1933" einführen zu dürfen. Man bat mich, zu Ihnen zu sprechen, vor allem um den Bogen von dieser Ausstellung zur heutigen Veranstaltung zu schlagen. Denn die Ausstellung wurde von der DGB-Jugend Hessen erarbeitet und da ist es schon hilfreich, Bezüge zu Bendorf und zu unserer Region herzustellen. Das will ich gern tun. Im Hinblick auf das Programm im Übrigen muss ich mich aber auf gut 20 Minuten Redezeit und auf einige Aspekte beschränken.

Der Titel der Ausstellung „... gerade Dich, Arbeiter, wollen wir.“ ist ein Zitat von Dr. Robert Ley vom 2. Mai 1933. Die Ausstellung will an die Ereignisse am 1. und 2. Mai 1933 erinnern. Schon dies sind Stichworte für ein Abend füllendes Programm. Daraus will ich 5 Fragen formulieren, auf die wir in der Kürze der Zeit eine Antwort finden wollen.

Frage 1:

Warum beschäftigen wir uns überhaupt mit Geschichte? Gibt es nicht genug aktuelle Probleme, die uns auf den Nägeln brennen und die gelöst werden müssen?

Natürlich gibt es genug aktuelle Probleme. Das heißt aber nicht, dass man sich nicht auch mit der Geschichte beschäftigen sollte. Gerade die Zeit des Nationalsozialismus ist heute noch aktuell, es ist mit den Worten des Historikers Ernst Nolte „Vergangenheit, die nicht vergeht.“ Immer wieder ist die Rede von einem Schlussstrich, den man nun endlich ziehen soll. Davon reden manche Leute seit mehr als 50 Jahren. Es sind übrigens immer wieder dieselben Leute. Es sind vielfach dieselben Leute, die Verbrecher, Kriegsverbrecher, reinwaschen, ehren und gar als Gegner des Nationalsozialismus darstellen wollen. Als Stichworte sollen hier aus allerjüngster Zeit genügen: der „furchtbare“ Jurist Dr. Hans Karl Filbinger, für den „Was damals Recht war, nicht heute Unrecht sein (konnte)“, und sein Trauerredner und Apologet Günther Oettinger, beides Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. Wir

dürfen uns von diesen nicht unsere Geschichte umbiegen und verfälschen und auch nicht die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus rauben lassen. – Opfer, die – anders als Täter wie Filbinger – uns nahe standen und stehen. Diese historisch korrekte und mitfühlende Erinnerung sind wir auch heute noch den NS-Opfern schuldig.

Beispielhaft erwähnen möchte ich vier Bendorfer: Dr. Hans Bauer, bis 1933 Leiter der Bürgerschule in Bendorf, den Metallarbeiter Anton Gelhard aus Mülhofen und den Gewerkschaftssekretär Anton Gelhard aus Bendorf. Alle drei haben jahrelang Diskriminierung, Ausgrenzung, Bespitzelung, Verfolgung, Gefängnis und Konzentrationslager, Erniedrigung und Todesangst erlitten. Gegen Ende ihrer jahrelangen Verfolgung waren diese drei Bendorfer Widerstandskämpfer, die diesen Ehrennamen auch verdient haben, von 1938 bis 1945 in Konzentrationslagern, zuletzt alle drei im KZ Buchenwald – in Buchenwald, das die Häftlinge „Totenwald“ nannten. Zu diesen drei Bendorfern stieß im Herbst 1944 noch ein vierter Bendorfer: der Gutspächter Wilhelm Thönes vom Albrechtshof bei Bendorf. Thönes war Mitglied der Zentrumsparterie gewesen und noch im Oktober 1944 den Nazis missliebig aufgefallen. Auch er wurde in „Schutzhaft“ genommen und kam ins KZ Buchenwald.

Höchstwahrscheinlich standen alle vier Bendorfer nach der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald vor ziemlich genau 62 Jahren auf dem Appellplatz dort und legten den „Schwur von Buchenwald“ ab. Dazu heißt es in einem Bericht eines Zeitzeugen:

Am 19. April 1945 fand die Trauerkundgebung für die Toten von Buchenwald statt. Ein großes Ehrenmal war auf dem Appellplatz errichtet. Die Blocks und Baracken waren mit Fahnen und Transparenten geschmückt. Die Fahnen fast aller Nationen wehten im Winde und zeigten, dass die Völker auch friedlich nebeneinander leben können. Unter den Klängen ihrer Nationallieder marschierten die Nationen auf. Russen, Polen, Tschechen, Slowaken, Jugoslawen, Österreicher, Ungarn, Rumänen, Engländer, Deutsche, Franzosen, Italiener, Spanier, Belgier, Holländer und Luxemburger.

Unter den Klängen der „Internationale“ marschierten die gemischten Blocks auf. 21.000 marschierten zum Gedächtnis für 60.000 tote Kameraden. Die Fahnen wurden vor dem Ehrenmal aufgestellt und neigten sich zum Gruß.

Der Vorsitzende des Internationalen Lagerkomitees, Walter Bartel, eröffnete die Kundgebung. Mit entblößtem Haupt gedachten die befreiten Häftlinge der Toten. Dann verlasen Mitglieder des Internationalen Komitees – jeder in seiner Sprache – den Aufruf:

Wir Buchenwalder, Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken und Deutsche, Spanier, Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn, kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung.

Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht – Der Sieg muss unser sein! Wir führten in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum! Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker

steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig. Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach:

WIR SCHWÖREN!

21.000 Männer streckten die Hand zum Himmel und sprachen: „Wir schwören!“

Die Aufgaben, die sich die Überlebenden des NS-Terrors damals gestellt hatten, haben sich heute erledigt. Kein einziger Richter oder Staatsanwalt ist von einem deutschen Gericht für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen worden. Auch Filbinger nicht. Im Übrigen hat sich inzwischen das Problem biologisch erledigt. Wenn überhaupt, dann stehen sie vor einem göttlichen Richter. Umso mehr sind wir Heutigen verpflichtet, die Erinnerung an die Opfer wach zu halten und ihr Vermächtnis weiter zu tragen – damit es – was der Journalist Ralph Giordano so plastisch beschrieben hat – nicht auch noch zur „zweiten Schuld“ - zur Schuld des Verdrängens und Umbiegens kommt.

Frage 2:

Bei der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und gerade bei der Ausstellung hier mit dem Fokus auf den 1. und 2. Mai 1933 stellt sich immer wieder die Frage: Wie konnte es dazu kommen?

Die Ausstellung gibt dazu vier Erklärungsansätze. Darin werden zur Diskussion gestellt: die Spaltung der Arbeiterbewegung, die brutale Unterdrückung jeder Opposition im „Dritten Reich“, die geringe Unterstützung der Weimarer Demokratie durch einflussreiche Eliten und die Weltwirtschaftskrise. Bei der so genannten Machtergreifung der Nazis spielten sicherlich alle diese Faktoren eine Rolle. Dazu kann man noch weitere rechnen, wie etwa das Trauma des verlorenen Ersten Weltkrieges, das Schüren und Mobilisieren tief sitzender Ressentiments und Vorurteile, die fast geniale Ausnutzung der aufkommenden Massenmedien und auch die große Distanz der Beamten- und Richterschaft zu der ersten Demokratie auf deutschem Boden.

Dass dies hier im Einzelnen nicht ausgebreitet werden kann – und zwar weder in der Ausstellung noch in der hier nur kurzen Einführung -, versteht sich von selbst. Lassen Sie mich stattdessen zwei Beispiele geben.

Beispiel 1: Dr. Robert Ley. Ley, von dem das Zitat stammt, das Titel der Ausstellung wurde, war vor der so genannten Machtergreifung der Nazis Gauleiter des NS-Gaues Köln-Aachen. Er war der Prototyp des rüpelhaften, radikalen Nationalsozialisten, der „Schlachten“ der SA anzettelte, die nichts anderes waren als schwerer Landfriedensbruch – und eher noch mehr. Als solcher war er auch Initiator des „Schwarzen Sonntag von Nastätten“. Für den 6. März 1927 hatte ein jüdischer Mitbürger von Nastätten dort zu einem Vortrag mit dem Thema: „Das wahre Gesicht des Nationalsozialismus“ eingeladen. Um diese Veranstaltung zu stören, karrte Ley auf zwei Lkws etwa 150 Nazis aus Köln, Wiesbaden, Neuwied, Koblenz und Lahnstein in das Taunusstädtchen Nastätten. Als sie dort eintrafen, hatte die örtliche Polizei die Veranstaltung schon wegen starken Andrangs beendet. Ley machte daraus eine Gegenveranstaltung und hielt von der Ladefläche des Lkws eine Propagandarede gegen die Juden. Seine SA-Leute marschierten unterdessen durch den Ort, griffen Juden an und verteilten Propagandamaterial. Es kam gar noch zu einem regelrechten Tumult mit

Handgemenge, bei dem ein Nazi durch einen Polizisten zu Tode kam. Ley und seine Leute verließen dann Nastätten und drohten dabei noch einer jüdisch aussehenden Frau und ihren Kindern mit den Fäusten und riefen ihr zu: „Wir kommen wieder und schneiden den Juden die Hälse ab!“ – Nicht besser erging es übrigens Horchheim nach einer von den Nazis auf der Schmittenhöhe begangenen Sonnenwendfeier im Jahr 1930. Als sie von dort durch Horchheim marschierten, gerieten sie mit Mitgliedern des örtlichen Arbeitergesangsvereins aneinander, die dort ihre Vorkirmes feierten und sich das Gehabe der Nazis verbot und ihnen die Hakenkreuzfahne abnahmen. Ley mit 150 bis 200 SA-Leuten konnte die Hakenkreuzfahne zwar nicht zurückbeschaffen. Dafür randalierten die Nazis aber in Horchheim. Unter Johlen und Pfeifen warfen sie mit Steinen und Bierflaschen die Fensterscheiben der Häuser ein, die zur bevorstehenden Kirmes schon die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold gehisst hatten, und riefen: „Wir stecken das ganze Nest in Brand!“

Beispiel 2: Der so genannte Preußenschlag. Diese und weitere Vorfälle bildeten in Preußen den Anlass für das Verbot der SA. Das Verbot erfolgte aber sehr spät – im Frühjahr 1932 – und zu einer Zeit, als die von der SPD in Preußen geführte Regierung schon keine parlamentarische Mehrheit mehr hatte. Das Kabinett Braun blieb daraufhin nur noch geschäftsführend im Amt. Im Deutschen Reich war Heinrich Brüning als Reichskanzler zurückgetreten, sein Nachfolger wurde Franz von Papen. Dieser bildete ein so genanntes „Kabinett der nationalen Konzentration“ und hob das SA-Verbot auf. Das führte sogleich zu von der SA provozierte Straßenkämpfe. Diese wiederum nahm von Papen zum Anlass zum sog. „Preußenschlag“. Auf der Grundlage des Art. 48 Abs. 2 der Weimarer Reichsverfassung, des so genannten Diktaturparagraphen, setzte der greise Reichspräsident Paul von Hindenburg die preußische Regierung ab und Reichskanzler von Papen als Reichskommissar für Preußen ein. Papen entthob den Ministerpräsidenten Braun seines Amtes und übernahm die Führung des preußischen Ministerpräsidiums. Es folgte eine Welle von Entlassungen republikanischer, demokratischer Beamter. Die Nazis waren mit dem Preußenschlag sehr zufrieden. Einen Tag später notierte Goebbels in sein Tagebuch: „Alles rollt wie am Schnürchen ab. (...) Die Roten haben ihre große Chance verpasst. Die kommt nie wieder..“ In der Tat markierte der „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Weimarer Republik. Die kampfbereite Kapitulation der Linken hatte der Republik und dem Glauben an ihre innere Kraft das Rückgrat gebrochen.

Gleichwohl waren die freien Gewerkschaften und die SPD keineswegs untätig – und auch nicht hier in Bendorf. Bauer und die beiden Gelhards waren nicht nur Mitglieder der SPD sondern auch im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ziel dieses nach den Farben der Weimarer Republik benannten Bundes war es, die Weimarer Republik und die Demokratie zu verteidigen und mit zu tragen und ihre Gegner mit deren eigenen Mitteln niederzukämpfen, damit die Republik endlich zu einem Staat der deutschen Republikaner werde. Immer wieder gab es große Kundgebungen des Reichsbanners, in der hiesigen Region vor allem in Koblenz. Einer der wichtigen Reichsbanner-Leute war dabei der Bendorfer Gewerkschaftssekretär Ernst Rebber. Noch vor dem Preußenschlag und in Reaktion auf die im Herbst 1931 durch die „nationale Opposition“ gebildete „Harzburger Front“ kam es zur Bildung der Eisernen Front. In ihr sollten sich gegenüber der Harzburger Front die republikanischen Parteien und Gewerkschaften aller Richtungen unbeschadet ihrer verschiedenen Auffassungen in vielen Dingen zum Kampf gegen den Nationalsozialismus und für die Rettung der demokratischen Republik zusammenschließen. Dieser Schulterschluss gelang aber nicht: das Bürgertum versagte sich diesem Appell. Träger der Eisernen Front waren neben der SPD nur noch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Sinnfälliger wurde dies an dem gemeinsamen Kampfsym-

bol, den drei Pfeilen: Zeichen für Partei, Gewerkschaft und Reichsbanner, d. h. für politische, wirtschaftliche und physische Macht der Arbeiterbewegung.

Einer der regionalen Hauptredner der Eisernen Front war der schon erwähnte Bendorfer Gewerkschafter Ernst Rebber. Ein anderer war der Vizepräsident der Rheinprovinz Dr. Wilhelm Guske. Guske, selbst Arbeitersohn und langjähriges Mitglied der SPD, war Stellvertreter des Oberpräsidenten der Rheinprovinz und einer der leitenden Verwaltungsbeamten im hiesigen Raum.

Guskens Schicksal und die Reaktionen hierauf können exemplarisch verdeutlichen, wie es damals um die Demokraten und die demokratische Gegenwehr stand. Es begann damit, dass Guske im Zuge des Preußenschlags als Vizepräsident der Rheinprovinz beurlaubt wurde. Mehr als eine kurze Notiz war der SPD-Zeitung „Rheinische Warte“ dieser Hinauswurf eines republikanischen Beamten nicht wert – obwohl schon damals vor ihm viele ausgewiesene Demokraten aus ihren Ämtern entfernt worden waren. Kaum hatten die Nazis am 30. Januar 1933 die Macht an sich genommen, wurde eben diese Rheinische Warte – wie ein dutzend SPD-Zeitungen in Preußen ebenfalls – vorübergehend verboten. Als sie wieder erschien, blieb ihr nur noch unter der Überschrift „Genosse Guske im Interesse der Festigung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform in den Ruhestand versetzt“ zu vermelden:

„Zuerst glaubten wir an einen Karnevalsscherz. Durch Rückfragen haben wir dann aber festgestellt, dass das Preußische Staatsministerium, Kommissare des Reichs, den Genossen Guske aufgrund des § 3 Abs. 2 der Verordnung vom 26. Februar 1919 sofort in den einstweiligen Ruhestand versetzt hat. Der § 3 Abs. 2 wurde aufgrund des Republikenschutzgesetzes vom 21. Juli 1922 der Verordnung eingesetzt (und sollte gerade die Republik vor Staatsfeinden von rechts schützen; Erg. des Verf.). Die ordentlichen Gerichte werden Gelegenheit haben, diese neupreußische Einschätzung der Republikaner zu prüfen. Weitere Ausführungen müssen wir uns im Hinblick auf die Pressenotverordnung versagen.“

Das war der Abgesang. Ein Karnevalsscherz war es nicht. Auch war der Hinweis auf die Überprüfung durch die ordentlichen Gerichte fehl am Platze. Diese Überprüfung gab es nicht – ganz abgesehen davon, dass man sich ganz ernstlich fragen musste, wie eine solche Überprüfung überhaupt ausgegangen wäre. Im Übrigen: Ein paar Tage später musste die Rheinische Warte ihr Erscheinen endgültig einstellen – und das wenige Tage vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 – der letzten halbwegs legalen Wahl. – Nach den Reichstagswahlen ging es in diesem Stil schnell. So wurden schon am 9. März 1933 die Volkshäuser der Freien Gewerkschaften von der SA besetzt.

Frage 3:

Warum umwarb Ley in dem Zitat gerade den deutschen Arbeiter?

In der Tat ist es befremdlich, dass Ley die deutschen Arbeiter umwarb bzw. umwerben musste. Denn vom Anspruch her hätten die deutschen Arbeiter in der NSDAP organisiert sein müssen. Gegründet wurde die NSDAP als „Deutsche Arbeiterpartei“, und sie hieß ja auch „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“. Entgegen diesem Anspruch war die NSDAP aber eine eher kleinbürgerliche Protestbewegung. Auch als Massenpartei hatte sie ihre Wähler vor allem im bürgerlich-protestantischen Lager, weniger unter den Arbeitern und auch weniger unter den Katholiken.

Frage 4:

Was war jetzt eigentlich los im Mai 1933?

Im Mai 1933 setzten die Nazis ihren Plan um, die Gewerkschaften zu zerschlagen und eine nationalsozialistisch geführte und staatlich reglementierte „Deutsche Arbeitsfront“ zu etablieren. Dies gelang auch erstaunlich gut, weil die Gewerkschaften nicht einheitlich organisiert waren. Es gab neben der kommunistischen RGO die sozialistischen, „freien Gewerkschaften“, die christlichen und die liberalen Gewerkschaften. Zudem hatten die Gewerkschaften durch die Weltwirtschaftskrise viele Mitglieder verloren und sie waren durch das Schwanken der politischen Parteien in ihrem Verhältnis zu Hitler selbst schwankend. Den sich daraus ergebenden Anpassungskurs nutzten die Nazis sehr geschickt aus.

Zunächst landeten sie einen propagandistischen Coup, indem sie den auch in der Republik nie offiziell anerkannten Arbeiterfeiertag, den 1. Mai, als „Tag der nationalen Arbeit“ zum Nationalfeiertag mit bezahlter Arbeitsruhe erklärten.

Ebenso geschickt geplant war die Zerschlagung der freien Gewerkschaften am folgenden Tag, am 2. Mai 1933. Schon morgens wurden in einer reichsweiten Aktion die Gewerkschaftshäuser besetzt und Gewerkschaftsführer in Schutzhaft genommen. Am selben Tag erließ der uns inzwischen bekannte Ley dann einen Aufruf, aus dem das Motto dieser Ausstellung entnommen ist. Etwas ausführlicher lautet das Zitat wie folgt:

„Wir treten heute in den zweiten Abschnitt der nationalsozialistischen Revolution ein. Ihr werdet sagen, was wollt Ihr denn noch, Ihr habt doch die absolute Macht! Gewiss, wir haben die Macht, aber wir haben noch nicht das ganze Volk. Die Arbeiter haben wir noch nicht hundertprozentig, und gerade Dich wollen wir, wir lassen Dich nicht, bis Du in aufrichtiger Erkenntnis restlos zu uns stehst.“

Und zynisch fuhr Ley dann fort:

„Uns täuscht der schlaue Fuchs nicht! Lieber geben wir ihm einen letzten Fangschuss, als dass wir jemals wieder dulden würden, dass er sich erhebe. Die Leiparts und Graßmänner (Leipart und Graßmann waren 1. bzw. 2. Vorsitzender des ADGB) mögen Hitler noch so viel Ergebenheit heucheln - es ist besser, sie befinden sich in Schutzhaft.“

Am 5. Mai 1933 konnte Ley Hitler melden, dass sich alle Arbeiter- und Angestelltenverbände mit über 8 Millionen Mitgliedern bedingungslos unterstellt hätten. Denkwürdig ist dann der 10. Mai 1933: An diesem Tag erklärte sich Hitler zum Schirmherr der Arbeiterschaft. Gleichzeitig wurde die Deutsche Arbeitsfront (DAF) gegründet, Ley wurde ihr Führer. Am selben Tag wurde noch die Beschlagnahme des Vermögens der SPD und des Reichsbanners verfügt; davon waren auch alle Zeitungen betroffen. Am Abend des 10. Mai 1933 kam es dann noch zu den Bücherverbrennungen.

5. und letzte Frage:

Wie ging es nach Mai 1933 weiter?

Der Mai 1933 hatte sehr nachhaltige Wirkungen: Gewerkschafter wurden in so genannte Schutzhaft genommen, andere konnten ins Ausland fliehen, wieder andere zogen sich ins

Private zurück. Der erwähnte Bendorfer Gewerkschaftssekretär Rebber emigrierte ins Ausland und war dort im Kampf gegen Hitler-Deutschland aktiv. Widerstand in Deutschland leisteten nur einige. Dazu gehörten in Bendorf Hans Bauer, die beiden Gelhards und die Ehefrau des Mülhofener Gelhard. Es war ein im Wesentlichen individueller Widerstand, da die legalen Organisationsstrukturen zerschlagen und illegale nicht bzw. nicht in größerem Maße aufgebaut werden konnten.

Ein Sinnbild dafür ist das Foto der Ausstellung, das zwar keinen Widerstand, aber eine Verweigerungshaltung, eine Resistenz, zeigt – einen Arbeiter, der beim Stapellauf eines Schiffes im Jahre 1936 den Hitlergruß verweigert. Etwas Ähnliches, aber wesentlich Schwerwiegenderes gibt es auch von dem Mülhofener Anton Gelhard zu berichten. Nachdem dieser Mitte der 1930er Jahre wegen „Hochverrat“ zwei Jahre und sechs Monate Zuchthaus verbüßt hatte und im Anschluss daran auch noch ins KZ Dachau in sog. Schutzhaft gekommen war und auch seine Frau nach Verbüßung einer Freiheitsstrafe auch noch ins Frauen-Konzentrationslager Moringen verschleppt worden war, brachte dieser Mann an seinem Arbeitsplatz in der Schwemmsteinfabrik Frankfurt/Main GmbH hier in Bendorf noch den Willen und die Kraft zum weiteren Widerstand auf. In Anwesenheit von ausländischen Zwangsarbeitern drohte er – so der Bericht der Gestapo Koblenz - dem NS-Betriebsleiter tötlich und äußerte sich zu einem Betriebsappell wie folgt: „Hört auf mit Eurem Mist da oben und lasst die Leute arbeiten.“ Als einziger Arbeiter nahm er dann an dem anschließenden Betriebsappell nicht teil. Daraufhin wurde er verhaftet und kam vier Wochen lang in Schutzhaft. Einige Monate später nahm man ihn erneut in „Schutzhaft“ und verschleppte ihn ins KZ Buchenwald. Dort wurde er am 11. April 1945 mit Hans Bauer, Anton Gelhard aus Bendorf, Wilhelm Thönes und vielen tausend anderen Häftlingen befreit. Dann schwor er mit ihnen den „Schwur von Buchenwald“.

Damit schließt sich der Kreis. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf Ihr Interesse an der Ausstellung